
487/UEA XXV. GP

Eingebracht am 08.07.2015

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Reinhold Lopatka, Dr. Josef Cap, Ing. Norbert Hofer, Dr. Hübner
Kolleginnen und Kollegen

**betreffend Stopp der Hinrichtung politischer Gefangener nicht nur im Iran
sondern auch in Ägypten**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Außenpolitischen
Ausschusses über den Antrag 1218/A(E) der Abgeordneten Tanja Windbüchler-
Souschill, Kolleginnen und Kollegen betreffend Menschenrechtsverletzungen im
Iran (762 d.B.), TOP 25, in der 85. Sitzung des Nationalrates in der XXV.GP am
8.7.2015**

Der Schutz der Menschenrechte und die Abschaffung der Todesstrafe sind
grundlegende weltweite Anliegen der österreichischen Außenpolitik.

In Ägypten gibt es seit dem Umsturz des Jahres 2013 nach unterschiedlichen Quellen
11.000 bis 40.000 politische Gefangene. Seit damals wurden mehr als 1.000
Todesurteile - nach meist „summarischen“ Massenverfahren ausgesprochen.
Zahlreiche Parlamentarier des letzten, frei gewählten Parlamentes sind in Haft, gegen
einige der Inhaftierten wurden bereits Todesurteile ausgesprochen. Allein bei der
Niederschlagung der Demonstration gegen den Militärputsch im August 2014 wurden
ca. 1.000 Demonstranten erschossen.

Auch über den beim Umsturz des frei gewählten Präsidenten wurde inzwischen ein
Todesurteil verhängt. Es gibt Anzeichen dafür, dass unter anderem dieses Todesurteil
bereits im Sommer vollstreckt werden soll.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, wird aufgefordert, sich bilateral sowie auf europäischer und
internationaler Ebene - weiterhin dafür einzusetzen, dass auch in Ägypten die
fundamentalen Menschenrechte gewahrt werden und, in Umsetzung der EU Leitlinien
sowie der VN-Resolution, auf Ägypten einzuwirken, Todesurteile nicht mehr zu
vollstrecken, ein Moratorium über die Verhängung in Hinblick auf deren vollständige
Abschaffung einzuführen sowie Todesurteile in Haftstrafen umzuwandeln.“

Die Bundesregierung wird aufgefordert im Fall des früheren Präsidenten Mursi sowie
anderer politischer Gefangener sich dafür einzusetzen, dass die Todesstrafe nicht
vollstreckt wird, auch wenn man die Ideologie der Muslim-Brüder strikt ablehnt.“

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.